

# Human Rights Watch: Israel begeht das Verbrechen der Apartheid und Verfolgung

Maureen Clare Murphy, electronicintifada.net, 27.04.21

**Der Internationale Strafgerichtshof sollte gegen israelische Funktionsträger ermitteln, „die in die Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid oder Verfolgung verwickelt sind“, sagt Human Rights Watch in einem am Dienstag veröffentlichten Bericht\*.**

In ihrer paradigmatischen Studie fordert die in New York ansässige Gruppe eine Herangehensweise, die sich auf die Menschenrechte und die Rechenschaftspflicht konzentriert und nicht auf den seit Jahrzehnten vorherrschenden maroden „Friedensprozess“.

„Schwere Menschenrechtsverletzungen“ werden heruntergespielt und als „vorübergehende Symptome der Besatzung behandelt, die der ‚Friedensprozess‘ bald heilen werde.“

Die Staaten sollten „aufhören, die Situation durch das Prisma“ eines hypothetischen zukünftigen Friedensprozesses zu beurteilen „und sich stattdessen auf die seit langem bestehende Realität vor Ort konzentrieren, die keine Anzeichen eines Abklingens zeigt“

*Human Rights Watch* hat sich nun einem immer stärker werdenden Konsens angeschlossen, der feststellt, dass „jüdische Vorherrschaft“ - in den Worten der Menschenrechtsgruppe B'Tselem - Israels „einziges bestimmendes Prinzip“ ist.

*Human Rights Watch* hat sich nun einem immer stärker werdenden Konsens angeschlossen, der feststellt, dass „jüdische Vorherrschaft“ - in den Worten der Menschenrechtsgruppe B'Tselem - Israels „einziges bestimmendes Prinzip“ ist.

Israel hat „die Absicht, die Vorherrschaft der jüdischen Israelis über die Palästinenser in dem gesamten von ihm kontrollierten Gebiet aufrechtzuerhalten“, schlussfolgert *Human Rights Watch*.

In der besetzten Westbank und im Gazastreifen „wurde diese Absicht mit systematischer Unterdrückung der Palästinenser:innen und unmenschlichen Handlungen gegen sie verbunden.“ Die Kombination dieser drei Elemente „läuft auf das Verbrechen der Apartheid hinaus“, fügt die Gruppe hinzu.

Die UN-Mitgliedsstaaten sollten eine internationale Untersuchungskommission einrichten, um die „systematische Diskriminierung und Unterdrückung auf der Grundlage der Gruppenidentität“ sowohl in den besetzten palästinensischen Gebieten als auch in Israel zu untersuchen, fordert *Human Rights Watch*.

Palästinensische Menschenrechtsgruppen wie *Al-Haq* haben bereits „eine Untersuchungsmission zu Israels Apartheid-Regime und volle internationale Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof“ gefordert.

Die UNO hat „jahrzehntelang versagt“, gegen Israel wegen des Verbrechens der Apartheid zu ermitteln, stellte das palästinensische Nationale Komitee für Boykott, Desinvestition und Sanktionen Anfang des Jahres fest. Das Komitee sagte, dass der so genannte Friedensprozess in Richtung einer Zweistaatenlösung Israel nur erlaubt hat, „seine langjährige Praxis“ der Annexion palästinensischer Gebiete fortzusetzen. *Human Rights Watch* ist zu einem ähnlichen Schluss gekommen.

Die Gruppe stellt fest, dass „viele europäische und andere Staaten enge Beziehungen zu Israel aufgebaut haben, während sie den ‚Friedensprozess‘ unterstützen.“ Diese Förderung beinhaltete den Aufbau der Kapazitäten der Palästinensischen Autonomiebehörde und gelegentlich milde Kritik an Israels Übergriffen gegen Palästinenser:innen. Dieser Ansatz „übersieht die tief verwurzelte Natur der israelischen Diskriminierung und Unterdrückung der Palästinenser:innen“, argumentiert die Rechtsgruppe.

„Schwere Menschenrechtsverletzungen“ werden heruntergespielt und als „vorübergehende Symptome der Besatzung behandelt, die der ‚Friedensprozess‘ bald heilen werde.“

Das Modell des Friedensprozesses - insbesondere vertreten durch den UN-Generalsekretär und seinen Gesandten - habe es den Staaten leicht gemacht, sich der Verantwortung zu entziehen, und es ermöglicht, „dass sich die Apartheid ausbreitet und verfestigt“, so *Human Rights Watch* weiter.

Die Staaten sollten „aufhören, die Situation durch das Prisma“ eines hypothetischen zukünftigen Friedensprozesses zu beurteilen „und sich stattdessen auf die seit langem bestehende Realität vor Ort konzentrieren, die keine Anzeichen eines Abklingens zeigt“, sagt die Gruppe.

### **Bestreben zum Erhalt einer jüdischen Mehrheit**

Israels Umsiedlung seiner Zivilbevölkerung in die Westbank - ein Verstoß gegen internationales Recht seit 1967 - widerlegt die „weit verbreitete“ Annahme, dass seine militärische Besatzung nur vorübergehend sei.

Sowohl in den besetzten Gebieten als auch innerhalb seiner Grenzen hat Israel versucht, „das verfügbare Land für jüdische Gemeinden zu maximieren und die Palästinenser weitgehend auf dichte Bevölkerungszentren zu beschränken“, so *Human Rights Watch*.

„Gesetze, Politik und Erklärungen führender israelischer Beamter machen deutlich, dass das Ziel, die jüdische Kontrolle über die Demographie, die politische Macht und das Land aufrechtzuerhalten, seit langem die Regierungspolitik bestimmt.“

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden Palästinenser von ihrem Land enteignet. Israel hat auch unzählige Bewegungseinschränkungen auferlegt, die Westbank und den Gazastreifen geographisch fragmentiert und "Palästinenser auf der Grundlage ihrer Identität in unterschiedlicher Intensität unterjocht."

„In bestimmten Gebieten“, fügt *Human Rights Watch* hinzu, „sind diese Benachteiligungen so schwerwiegend, dass sie den Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid und der Verfolgung gleichkommen.“

Der Bericht konzentriert sich auf Israels Politik, die in den Gebieten unter seiner physischen Kontrolle ausgeübt wird, erkennt aber deren Auswirkungen auf die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge an.

*Human Rights Watch* stellt fest, dass als Teil von Israels Bestreben, „eine jüdische Mehrheit zu bewahren“, jüdischen Bürgern anderer Länder das Recht garantiert wird, sich in Israel aufzuhalten und die Staatsbürgerschaft zu erlangen.

Palästinensischen Flüchtlingen und ihren Nachkommen, die in Flüchtlingslagern leiden, verbietet Israel hingegen, sich in ihrer Heimat aufzuhalten und ihr im internationalen Recht verankertes Recht auf Rückkehr wahrzunehmen.

In seinem Bericht, der mehr als 200 Seiten umfasst, beschreibt *Human Rights Watch* detailliert diese israelische Politik und den Schaden, den sie den Palästinensern zufügt, identifiziert aber keine verantwortlichen Personen.

Der Internationale Strafgerichtshof - der im vergangenen Monat eine Untersuchung internationaler Verbrechen in der Westbank und im Gazastreifen eingeleitet hat - verfolgt Personen, nicht Staaten.

*Human Rights Watch* fordert die UN-Mitgliedsstaaten auf, eine internationale Untersuchungskommission einzurichten, um Personen zu identifizieren, die glaubhaft in Israels Verbrechen der Apartheid und Verfolgung verwickelt sind.

„Das Mandat der Untersuchung sollte breit genug sein, um auch die Rolle anderer Akteure zu erfassen, einschließlich Unternehmen und Vertreter anderer Staaten“, fordert die Gruppe.

Der Bericht empfiehlt, dass die Staaten „gezielte Sanktionen, einschließlich Reiseverbote und Einfrieren von Vermögenswerten“ gegen verwickelte Funktionsträger und Einrichtungen verhängen.

Waffenverkäufe und Militärhilfe an Israel sollten an die Bedingung geknüpft werden, dass dieser Staat „konkrete und überprüfbare Schritte zur Beendigung“ der Verbrechen der Apartheid und Verfolgung unternimmt.

### **Appell an USA und EU**

*Human Rights Watch* fordert die US-Regierung ausdrücklich auf, diese Maßnahme zu ergreifen und den Einsatz von Waffen und Ausrüstung, ob aus den USA stammend oder mit US-Geldern gekauft, bei schweren Verstößen gegen das Internationale Recht zu überprüfen.

Ein neuer Gesetzentwurf des US-Kongresses würde die Regierung dazu verpflichten zu prüfen, ob Israel gegen das Verbot verstößt, US-Gelder für Menschenrechtsverletzungen zu verwenden.

Die vorgeschlagene Gesetzgebung würde auch verbieten, dass US-Geldmittel Israels Verbrechen der Militärhaft, des Misshandelns und der Folter von inhaftierten palästinensischen Kindern, neben anderen Verbrechen, begünstigen.

In einer energischen Zurückweisung des Gesetzentwurfs haben drei Viertel des Repräsentantenhauses einen Brief unterzeichnet, in dem sie Bedingungen für die 3,8 Milliarden Dollar an Unterstützung ablehnen, die die USA jedes Jahr an Israel zahlen.

US-Präsident Joe Biden hat ebenfalls Bedingungen für die Unterstützung Israels abgelehnt und sie als „unverantwortlich“ bezeichnet.

Was die EU betrifft, fordert *Human Rights Watch* den Zusammenschluss mit 27 Mitgliedsstaaten auf, „die Auswirkungen auf die Beziehungen der EU und der Mitgliedsstaaten zu Israel zu bewerten, die sich aus den Erkenntnissen über die Verbrechen der Apartheid und Verfolgung ergeben“.

Die Gruppe fügt hinzu, dass die EU und die Mitgliedsstaaten eine verstärkte Überprüfung in ihren „bilateralen Abkommen, Kooperationsprogrammen und allen Formen des Handels und des Umgangs mit Israel anwenden sollten“.

Übersetzung: Pako -palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/maureen-clare-murphy/hrw-israel-commits-crimes-apartheid-and-persecution>

\* Link zum HRW-Report

<https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>